



Änderungsantrag

Fraktionen CDU und SPD

Sozialziele als Wegweiser einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Sozialpolitik erarbeiten

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/27**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt den durch die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege angestoßenen Prozess der Formulierung von Sozialzielen als Wegweiser einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Sozialpolitik in Sachsen-Anhalt.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. gemeinsam mit den Verbänden, Trägern und den kommunalen Spitzenverbänden anhand der gewonnenen Erkenntnisse und der sich im Laufe der letzten zwanzig Jahre veränderten Beratungs- und Hilfebedarfe unter Beachtung struktureller Bedingungen die Kriterien für die Erstellung von Sozialzielen festzulegen und die Schwerpunkte zu benennen, die den vorrangigen sozialpolitischen Handlungsbedarf aufzeigen.
2. in einem Dialogprozess vor Ort mit den lokalen Akteuren die Gestaltung einer bürgernahen, flächendeckenden sozialen Infrastruktur zur Gewährleistung aktueller und künftiger Bedarfe an Beratung, Betreuung und Pflege sowie der Teilhabe und Chancengleichheit zu entwickeln und die Bedeutung einer erforderlichen Umsteuerung hin zu präventiven Angeboten herauszustellen.

Begründung

Aufgabe der Sozialpolitik ist die Gestaltung der sozialen Infrastruktur im Land Sachsen-Anhalt. Ziel muss eine bürgernahe und qualitativ gute Versorgung sein. Dabei sind die Angebote und Maßnahmen an den demografischen und sozialen Entwicklungen und den Bedürfnissen und Lebenslagen der Menschen auszurichten.

(Ausgegeben am 11.05.2011)

Daten und Informationen zu ausgewählten Schwerpunkten der Sozialpolitik in Sachsen-Anhalt sind in der Sozialberichterstattung des Landes zusammengestellt. Dazu gehören der 2. Armuts- und Reichtumsbericht, das seniorenpolitische Programm „Aktiv und Selbstbestimmt“ mit einer detaillierten Bestandsaufnahme der Lebenssituation älterer Menschen, der 5. Kinder- und Jugendbericht und der Sozialbericht 2005 bis 2009. Des Weiteren existiert eine Projektgruppe, die Grundlagen für die Neustrukturierung der Beratungsangebote im Land erarbeitet.

André Schröder
Fraktionsvorsitzender CDU

Katrin Budde
Fraktionsvorsitzende SPD